

Viel Empörung in gelben Westen

Windpark Wütende Bürger dominierten die Info-Veranstaltung in Wachendorf. Ein Dialog kam nicht zustande. Die Teilnahme an einem Runden Tisch stellte die Bürgerinitiative unter Vorbehalt. *Von Stephan Gokeler*

Die Mehrzweckhalle in Wachendorf war schon kurz nach Öffnung der Türen zur Informationsveranstaltung am Montagabend voll besetzt. Obwohl er derartige Veranstaltungen wie die zum geplanten Windpark zwischen Fellendorf, Bierlingen und Bad Imnau seit sieben Jahren moderiert, habe er noch nie so viele Menschen begrüßt, sagte Jakob Lenz vom „Forum Energiedialog“. Sitzplätze gab es nicht für alle, im hinteren Bereich und auf der Galerie standen Menschen dicht an dicht. Schätzungsweise 700 waren gekommen. Etwa zwei Drittel von ihnen waren dem Aufruf der Bürgerinitiative „Pro Natur Starzach“ gefolgt, mit Warnwesten Protest gegen die geplanten Windenergieanlagen sichtbar zu machen.

Früh war auch der Ton der Veranstaltung gesetzt, als der von Bürgermeister Thomas Noé geäußerte Wunsch, als „gute Demokraten einander zuzuhören“ mit höhnischem Gelächter und dem Zuruf „Dann verarschen Sie das Volk nicht so!“ quittiert wurde. Boris Palmer, als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Tübingen nach Starzach gekommen, versuchte es in seinem Grußwort mit Fragen. Wer glaube, dass in zehn Jahren im Land ein neues Atomkraftwerk ans Netz gehe oder dass in 20 Jahren der Strom immer noch aus Kohle erzeugt werde, wollte Palmer wissen. Als nur wenige Hände nach oben gingen, meinte er: „Der Rest ergibt sich, vielen Dank fürs Zuhören.“

„Starzach darf nicht zur Energiekolonie Tübingens zugerichtet werden.“

Simone Walker-Hertkorn, Sprecherin der Bürgerinitiative „Pro Natur Starzach“

Was sich dann ergab, war kein Dialog über die Zukunft der Energieversorgung. Den Auftakt machte Peter Seiffert, Leitender Planer beim Regionalverband Neckar-Alb. Er erläuterte noch einmal die rechtlichen Vorgaben für die Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie und das Vorgehen des Regionalverbands, um geeignete Gebiete ausfindig zu machen. Auf Starzach bezogen kündigte Seiffert an, dass man insbesondere in Sachen Artenschutz noch genauer hinschauen und mögliche Konflikte lösen müsse.

Was dort im Wald geplant ist, erklärte Michael Krieger, Projektleiter bei den Stadtwerken Tübingen, die den Windpark errichten möch-



Das Interesse an der Infoveranstaltung zum geplanten Starzacher Windpark war riesig, die Stimmung aufgeheizt.

Bild: Ulmer

ten. Von ursprünglich zehn vorgesehenen Windenergieanlagen seien noch neun im Rennen. Die Anlagen mit einer Nabenhöhe von 175 Metern könnten etwa 110 Gigawattstunden Strom pro Jahr erzeugen, so Krieger. Auf die Lebensdauer bezogen würden die Windräder ungefähr die 35-fache Menge an Energie erzeugen, die zu ihrer Herstellung aufgewendet werden.

Gutachten zur Verschattung und zur Schallbelastung hätten ergeben, dass in den südlichen Randbereichen von Fellendorf und Bierlingen die strengen Grenzwerte eventuell knapp überschritten werden könnten. Man werde deshalb im weiteren Verfahren die genauen Standorte und eingeschränkte Betriebsmodi als Optionen prüfen, so Krieger. Die artenschutzrechtliche Prüfung sei noch nicht abgeschlossen, bisher hätten sich jedoch noch keine unüberwindlichen Hürden ergeben, sagte der Projektleiter.

Stürmischen Applaus gab es nur für den Auftritt von Simone Walker-Hertkorn, Sprecherin der Bürgerinitiative „Pro Natur Starzach“. Sie sprach von „Windraffinerien“, die illegal in einem Wasserschutzgebiet errichtet werden sollten. Grundlage sei ein „abgekartetes Spiel“ zwischen der Stadt Tübingen und Bürgermeister Thomas Noé, in dem Starzach hinter dem Rücken der Bürger und

mit Zerstörung des Gemeindefelds zur „Geldmach-Kuh“ und „Energiekolonie“ für Tübingen gemacht werden solle.

Die Veranstaltung bezeichnete sie als „Theater“, mit dem Bürger ruhiggestellt werden sollten. Die Bürgerinitiative müsse die Anwohner vor Körperverletzung schützen. „Das ist keine Demokratie“, rief sie und forderte, dass ein Bürgerentscheid den Gestattungsvertrag für die Überlassung kommunaler Grundstücke rückgängig machen müsse.

Als anschließend Yassin Cherid für das gemeinsame Dialogforum der Umweltschutzorganisationen Nabu und BUND ans Mikrofon trat, drohte die aufgeheizte Stimmung zu kippen. Moderator Lenz mahnte, man müsse die Veranstaltung abbrechen, wenn die ständigen Zwischenrufe und Störungen nicht unterblieben. Die abwägenden Ausführungen Cherids zu den Themen Energiewende, Artenschutz und ökologischer Wertigkeit von Flächen fanden wenig Gehör. „Wer glaubt denn noch das Märchen von der Klimakrise?“ und „Den Wäldern geht es gut bei Wärme“, bekam er zu hören. Die Naturschutzverbände seien Veräter und von der Politik gekauft.

Online zugeschaltet war Christian Eulitz. Der für ein Münchener Ingenieurbüro tätige Lärmexperte war an mehreren Gutachten zur

Lärmbelastung durch Windkraftanlagen beteiligt. Klipp und klar verwies er Debatten über Infraschall ins Reich der Märchen. Keine einzige Windanlage zwischen Grönland und Australien habe bis heute Infraschall emittiert, der vom Menschen auch nur ansatzweise wahrnehmbar wäre. Durchaus störend könne hingegen der hörbare Lärm solcher Anlagen wirken. Für Starzach bestätigten seine Abschätzungen zur Ausbreitung von Lärm die Angaben der Stadtwerke. „Das ist eine zulässige Planung“, folgerte er.

In den Fragerunden wurde immer wieder der Vorwurf geäußert, die Bürger seien erst nach Unterzeichnung des Gestattungsvertrags informiert worden. Die Menschen müssten im Vordergrund stehen und nicht das Geld. „Wenn die Ge-

meinde nicht mehr lebenswert ist, haben wir nichts gewonnen“, so Simone Walker-Hertkorn in einer weiteren Stellungnahme. Der Wertverlust für Immobilien, die „von Windrädern umzingelt“ würden, wurde beklagt.

Palmer veranlassten solche Anwürfe, grundsätzlich zu werden. Starzach sei eine der finanzschwächsten Gemeinden im Landkreis und liege „Tübingen auf der Tasche“. Seine Stadt finanziere über die Kreisumlage auch die Sozialkosten in Starzach mit. Ohne die Arbeitsplätze in Tübingen sei die Gemeinde nicht lebensfähig. „Wir müssen in der Region zusammenarbeiten“ forderte er unter lautem Protest. Aus dem Publikum kam an diesem Abend keine zustimmende Wortmeldung zum geplanten Windpark.

Zwei klare Zusagen und ein Vorbehalt

Einen Runden Tisch, an dem die verschiedenen Themen weiter erörtert werden könnten, empfahl Moderator Jakob Lenz zum Abschluss der Veranstaltung. Während Bürgermeister Thomas Noé und Michael Krieger von den Stadtwerken Tübingen

sich spontan bereit erklärten, stellte Simone Walker-Hertkorn Bedingungen. Grundsätzlich sei die Bürgerinitiative zum Dialog bereit. Voraussetzung sei aber, dass am Ende ein Bürgerentscheid stehe. „Das ist für uns der Weg, darauf wollen wir

hinarbeiten“, stellte sie klar. So oder so wird der Regionalverband im Dezember einen Beschluss über Vorranggebiete für Windkraftanlagen fassen. Im Januar beginnt dann die öffentliche Beteiligung, bei der alle Bürger Stellungnahmen abgeben können.

Stephan Gokeler
über Erkenntnisse und Fake News



Fakten auf dem Tisch

Wer an Informationen zum geplanten Windpark in Starzach interessiert ist, hat spätestens seit Montagabend die Fakten auf dem Tisch. Der Verlauf der Veranstaltung machte allerdings klar, dass es vielen Gegnern um etwas anderes geht. Die BI-Sprecherin wurde dafür bejubelt, dass sie dem Bürgermeister vorwarf, er hole Rettungshunde aus Tübingen zu Übungen in den Starzacher Wald, damit hinterher bei artenschutzrechtlichen Untersuchungen keine Tiere mehr zu finden seien. Ein anderer Redner behauptete, dass in Norwegen der Bau aller Windkraftanlagen wegen Missbildungen bei Rentieren verboten wurde. Eine kurze Internetrecherche entlarvt das als Blödsinn, der auf Verschwörungs-Seiten verbreitet wird. Wer wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Infraschall ignoriert, aber „fiese Fasern“ als Abrieb von Rotoren fürchtet und im selben Atemzug behauptet, bisher bestehe der Feinstaub in der Luft zu 90 Prozent aus Blütenpollen, dem ist mit Fakten nicht beizukommen.

Gefährlich wird es, wenn solche Leute lautstark die „Wahrheit“ für sich reklamieren und demokratische Entscheidungen als „grüne Diktatur“ bezeichnen. Dann ist der Weg nicht mehr weit zu Kommentaren wie dem eines Windkraftgegners im Publikum, es sei „unter Adolf besser gewesen“.

Doch selbst für die hartnäckigsten Dialogverweigerer brachte der Abend Erkenntnisse. Dafür sorgte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, dessen von vielen als arrogant empfundener Auftritt den Saal zum Kochen brachte. Er stellte klar, dass man seitens der Stadtwerke nicht auf die Einhaltung des Gestattungsvertrags pochen werde, wenn die Gemeinde ihn zurückziehen wolle. Allerdings werde man dann alle entstandenen Planungskosten in Rechnung stellen. Dann verliere die Gemeinde auch „die größte Investition, die Starzach jemals angeboten wurde“. Und auf Jahrzehnte verlässliche Einnahmen, die über den bisherigen Gewerbesteuererträgen von rund 850 000 Euro im Jahr lägen.

Die Windräder bekämen die Starzacher voraussichtlich trotzdem, nur nicht auf kommunalen, sondern auf privaten Waldflächen. Denn, so Palmer: „Ihr könnt Windräder auf eurer Gemarkung nicht mehr verbieten und eine für ganz Deutschland wichtige Entwicklung aus egoistischen Gründen verhindern.“ Das sind wirklich harte Fakten.